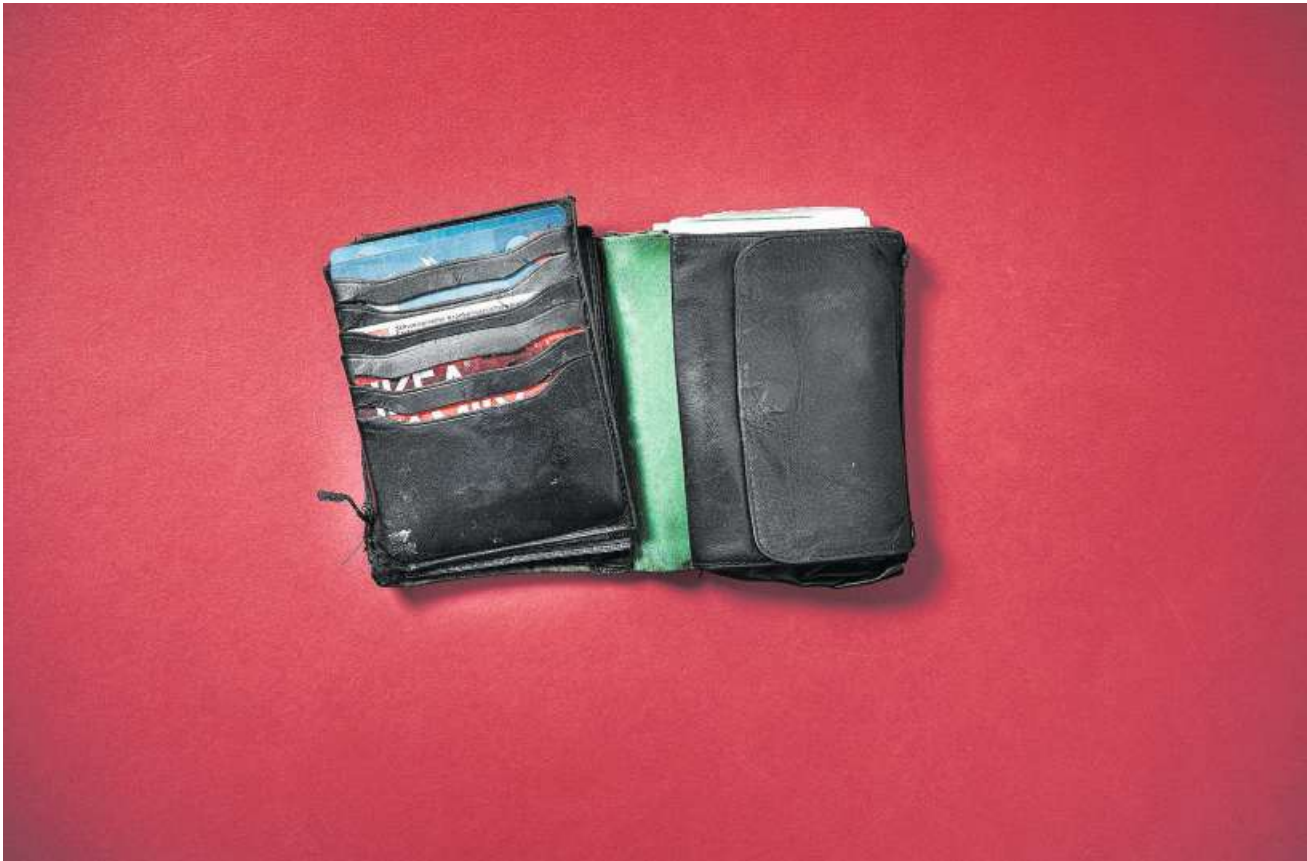


Bei einem Jobverlust ist schnelles Sparen angesagt

Die Arbeitslosigkeit dürfte 2021 weiter ansteigen – Betroffene können sich finanziell aber Erleichterung verschaffen



Idealerweise schnallt man den Gürtel enger, bevor das Portemonnaie leer ist.

GORAN BASIC / NZZ

LORENZ HONEGGER

Zehntausende Menschen in der Schweiz haben als Folge der Coronavirus-Krise ihre Arbeitsstelle verloren, und es wird vermutlich noch Zehntausende weitere treffen. Obwohl sich das Bruttoinlandprodukt seit dem historischen Einbruch im Frühling wieder stark erholt hat, rechnet das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) für das kommende Jahr mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit von derzeit 3,2 auf über 4%.

Ist der erste Schock nach dem Kündigungsgespräch mit dem Vorgesetzten erst einmal verdaut, dreht sich für viele Arbeitnehmende alles um eine Frage: Wo finde ich möglichst bald wieder eine gleichwertige oder sogar bessere Stelle? Das ist eine natürliche und richtige Reaktion. Oft denken frisch Entlassene aber zu wenig daran, dass sie neben der Jobsuche auch ihre finanzielle Situa-

tion mit verhältnismässig geringem Aufwand optimieren können. Dazu geben drei Experten Auskunft.

Fix- und Kleinausgaben kappen

Laufende Fixkosten belasten das Haushaltsbudget, wenn man von der Arbeitslosenversicherung nur noch 80% seines bisherigen Einkommens ausbezahlt erhält. Die grössten Posten wie die Wohnungsmiete oder die Ausgaben für das Auto lassen sich kurzfristig kaum reduzieren. «Bei vielen weniger stark gebundenen Ausgaben lassen sich aber schnell mehrere hundert Franken monatlich einsparen», sagt Michael Kuhn, Experte für Consumer Finance bei Comparis.

So lohnt es sich nach einem Stellenverlust, die Gebühren der Kredit- und Debitkarten zu überprüfen und nötigenfalls den Anbieter zu wechseln. Dasselbe gilt für alle Arten von Versicherungspoli-

cen. Häufig gibt es etwa bei der Auto- und der Hausratsversicherung, aber auch bei der obligatorischen Krankenversicherung, Sparpotenzial – bei Letzterem gibt es einmal jährlich ein einmonatiges Kündigungsfenster im November. Auch der Anspruch auf Prämienverbilligung bei der Krankenkasse ist zu prüfen.

Wer eine eigene Immobilie besitzt, sollte abklären, ob die bestehende Hypothek im derzeitigen Tiefzinsumfeld durch einen günstigeren Kredit abgelöst werden kann, sofern die Tragbarkeitskriterien erfüllt sind.

Kostenfallen bestehen auch bei allen Arten von Abonnements. Stellensuchende sollten sich beispielsweise fragen, ob sie das bisher vom Arbeitgeber übernommene Abonnement mit weltweit unbegrenztem Datenvolumen für das Mobiltelefon immer noch brauchen. Auch nicht mehr benötigte zahlungspflichtige Smartphone-Applika-

tionen wie Dropbox oder Spotify können möglicherweise gekündigt werden. Finanzielles Optimieren kann aber auch so banal sein, dass man auf den täglichen Café Latte bei Starbucks verzichtet.

Wer trotz allem in einen finanziellen Engpass gerät, sollte nicht davor zurückschrecken, Rat zu suchen. Auf kantonaler Ebene gibt es verschiedene Stellen, die bei der Budgetplanung Hilfe leisten. Abzuraten ist von Konsumkrediten zur Deckung einer längerfristigen Einkommenseinbusse. «Wer ein Darlehen benötigt, sollte wenn möglich zuerst die eigene Verwandtschaft oder Freunde um Hilfe bitten», sagt Kuhn. Ein solches Darlehen sollte in einem kurzen und klar formulierten Vertrag festgehalten werden.

Vorsorgeguthaben verwalten

Mit dem Verlust der Stelle verlieren Arbeitnehmende den Zugang zur Pensionskasse ihres bisherigen Unternehmens. Das kann vor allem auf lange Frist finanziell einschneidend sein. Unter 58-Jährige können sich noch nicht frühpensionieren lassen und haben im Wesentlichen zwei Möglichkeiten.

Option eins: Sie parkieren ihr Vorsorgeguthaben auf einem oder mehreren Freizügigkeitskonten bei einer Bank oder einem anderen Finanzinstitut, bis sie eine neue Stelle gefunden haben. Bei anhaltender Arbeitslosigkeit können sie sich das Vermögen ab 59 beziehungsweise 60 Jahren auszahlen lassen. Option zwei: Sie lassen das Geld an die nationale Stiftung Auffangeinrichtung BVG überweisen und erhalten im Fall einer dauerhaft erfolglosen Stellensuche nach der Pensionierung eine lebenslange Rente.

Die lebenslange Rente klingt zunächst attraktiv. Sven Pfammatter, Bereichsleiter beim VZ Vermögenszentrum in Zürich, rät Stellensuchenden jedoch eher zur Einrichtung von zwei Freizügigkeitskonten. Auf diese Weise könne man sich das Guthaben bei der Pensionierung gestaffelt mit mindestens einem Jahr Abstand auszahlen lassen und damit verhindern, aufgrund des hohen einmaligen Auszahlungsbetrags in eine hohe Steuerprogressionsstufe zu geraten. Monatliche Beiträge fallen bei dieser Option nicht an, das Vermö-

gen wird mit 0,1 bis 0,2% verzinst. Pfammatter rät davon ab, das Freizügigkeitsguthaben in Aktien anzulegen: Wer beispielsweise innerhalb eines Jahres eine neue Stelle finde, habe zum Zeitpunkt der Überweisung an die Pensionskasse ein erhebliches Verlustrisiko.

Anders als beim Freizügigkeitskonto müssen Stellensuchende, die sich für eine lebenslange Rente entscheiden, jeden Monat die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge entrichten. Neben den Verwaltungskosten drücken auch Kosten für Risikoleistungen im Todesfall oder bei Erwerbsunfähigkeit auf die Finanzen. Hinzu kommt der wenig attraktive umhüllende Umwandlungssatz von 4,2%. «Die Rentenoption eignet sich in der Regel nur für Leute, die Sicherheit suchen und eine monatliche Rente bevorzugen.»

Es kann sich lohnen, zugunsten eines schnellen Wiedereintritts in die Arbeits-

Es kann sich lohnen, vorübergehend auf den Traumjob und das Traumgehalt zu verzichten.

welt vorübergehend auf Traumjob und Traumgehalt zu verzichten. Die ALV übernimmt während mindestens zwölf Monaten bis zu 80% der Differenz zum Lohn vor der Entlassung, sofern dieser 148 200 Fr. nicht übersteigt. Das so erzielte Einkommen ist höher als das Arbeitslosentaggeld und hat einen weiteren Vorteil, wie George Sheldon, Professor emeritus für Arbeitsökonomie an der Universität Basel, erklärt: Wer nach der Kündigung heute zu lange nach der perfekten Stelle suche, laufe aufgrund der bei vielen Firmen verfügbaren Einstellungsstopps Gefahr, langfristig arbeitslos zu werden. «Langzeitarbeitslose sind nachweislich schwerer zu vermitteln, weil Qualifikationen verloren gehen und Arbeitgeber Defizite vermuten. Die Unternehmen werden in der Krise aufgrund des grösseren Angebots auf dem Arbeitsmarkt wählerischer.»

WELTWIRTSCHAFT UND FINANZMÄRKTE

Eine noch lockerere Geldpolitik für noch längere Zeit

Das Inflationsziel der amerikanischen Notenbank sei kaum zu erreichen, sind Marktbeobachter überzeugt

ANDREAS UHLIG

Die neue geldpolitische Strategie der amerikanischen Notenbank, eine Inflation von durchschnittlich 2% über eine längere Zeitspanne anzustreben, wird von Marktakteuren nicht als revolutionär gewertet, dennoch könnte sie weitreichende und potenziell teure Folgen haben. In der Kurzfassung von Kommentatoren bedeutet die von Notenbankpräsident Powell verkündete Änderung, dass die Geldpolitik noch länger noch lockerer sein wird, als ohnehin schon zu erwarten war. Gleichzeitig wird eine auf einen sehr niedrigen Stand gefallene Arbeitslosigkeit kein ausreichender Grund für eine Straffung der Geldpolitik mehr sein. Eine Normalisierung der Geldpolitik scheint so weiter denn je in die Ferne gerückt zu sein – weshalb die Finanzmärkte weiter auf hohe Liquidität und tiefste Zinsen setzen können.

Zu viele Unklarheiten

Als problematisch wird in Marktkreisen beispielsweise angesehen, dass die neue Politik des «flexiblen durchschnittlichen

Inflationsziels» die Periode für die Berechnung des Durchschnitts nicht definiert, die damit politisch manipulierbar wird, was neue Unsicherheiten bringen kann. Bob Eisenbeis, der Vizepräsident der Finanzfirma Cumberland Advisors, fehlt hier ein klarer Zeithorizont mit Angaben von Zeiträumen wie jährlich oder halbjährlich. Wie lang muss die gemessene Inflation vom Ziel abweichen, bevor es zu einem geldpolitischen Eingriff kommt? Und welche Abweichungen werden toleriert?

Keine Angaben sind bisher dazu gemacht worden, welcher Inflationsindex verwendet werden soll. Eisenbeis weist darauf hin, dass vom Fed üblicherweise der die Konsumausgaben messende Index PCE bevorzugt wird. Eine Bestätigung dieses Indexes wäre wünschenswert gewesen. Den inflationsgeschützten Treasuries (Tips) liegt dagegen der Kaufkraftänderungen aufzeigende Index CPI zugrunde. Und Frank Holmes von U.S. Global Investors stellt die Frage, ob diese Indizes die Inflation überhaupt richtig massen. Er bevorzugt alternative Berechnungen, insbesondere solche ohne die methodischen Anpas-

sungen der letzten 40 Jahre; sie zeigen seit Jahrzehnten praktisch durchgehend eine Inflation von mehr als 8%.

Eine Erklärung schuldig geblieben ist das Fed bei der Änderung seiner Strategie bzw. bei der Frage, warum es ihm seit Jahren nur selten gelungen sei, die Infla-

Der Globalisierungsprozess sicherte den Import von Disinflation.

tion auf das angestrebte Ziel von 2% zu heben und wieso angesichts dieses Misserfolgs die neue Strategie erfolgreicher sein solle. Und wäre ein anderes Ergebnis eingetreten, wenn das Fed das «flexible durchschnittliche Inflationsziel» bereits seit Jahren verfolgt hätte? Welche anderen Massnahmen wären ergriffen worden?

Wenig optimistisch scheint Steve Blumenthal, Präsident des Kapital-

verwalters CMG, zu sein. Er geht davon aus, dass die Inflation weiter unter dem Ziel bleiben wird und das Fed deshalb seine Interventionen intensivieren werde: noch mehr Käufe von Staatspapieren, Unternehmensanleihen, Junk Bonds – und schliesslich vielleicht auch direkte Interaktionen mit der Bevölkerung. Powell sei nicht allein mit seiner expansiven Politik. So habe der Gouverneur der Bank von England, Andrew Bailey, gerade erst gesagt, dass es Zeiten gebe, in denen man gross auftreten und schnell handeln müsse.

Analytiker der Bank of America haben sich die Mühe gemacht, die neue Politik zu simulieren. Sie haben untersucht, wie lange eine über dem Ziel liegende Inflation verfolgt werden müsste, um die zwischen Ende 2008 und heute aufgetretene (zu niedrige) Inflation auszugleichen: Bei einer auf konstant 2,25% erhöhten Inflation (PCE-Index) würde es rechnerisch 16 Jahre dauern. Gelänge es der Notenbank dagegen, die Inflation auf 4% zu steigern, wäre das durchschnittliche Inflationsziel bereits in gut zwei Jahren erreicht. Für den Ausgleich des seit Juni 2018 aufgetretenen

«Inflationsdefizits» – eine etwas realistischere anmutende Simulation – ergibt sich bei einer auf 2,25% gehaltenen Inflation ein Zeitraum von weniger als einem Jahr.

Strukturell tiefe Inflation

Marktanalytiker bezweifeln aber, dass es Notenbanken plötzlich gelingen werde, die Inflation zu steuern. Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts, strukturelle Hindernisse und säkulare Trends sprächen klar gegen eine höhere Inflation. Vor allem der Globalisierungsprozess sichere den Import von Disinflation.

Auch der technologische Fortschritt, die demografische Entwicklung, die wachsende Verschuldung von Staaten, Unternehmen und Privathaushalten und der Machtverlust von Gewerkschaften (und dem Faktor Arbeit) sicherten eine weiterhin sehr geringe Inflation – berechnet mit gängigen Indizes. Zudem stelle sich das Problem, wie eine zeitweise geduldete höhere Inflation später ohne Folgeschäden wieder gebremst werden könne.